

Zwischen „Vorneverteidigung“ und „zweiter Schlacht“

Viel Distanz trotz Schulterschuß

Sehr offene Diskussion von Sicherheitsfragen auf einer deutsch-französischen Tagung

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Seit einem Vierteljahrhundert treffen sich Kanzler und Präsident regelmäßig zur halbjährlichen Konsultation - mal in Frankreich, mal in der Bundesrepublik. Seit einigen Jahren tun es ihnen die außenpolitischen Forschungsinstitute der beiden Länder gleich - hier die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, dort das Institut Français des Relations Internationales. Gegenüber Staatsbesuchen haben diese informellen Treffen den großen Vorteil der Vertraulichkeit und damit der größeren Offenheit. Was die Akademiker, Politiker und Publizisten hier einander sagen, wird nicht auf der Goldwaage des Communiqués gemessen; man ist unter sich und deshalb frei, auch un diplomatische Wahrheiten auszusprechen.

Da wird rasch offenkundig, daß Deutsche und Franzosen derzeit nicht dem selben Kompaß gehorchen, schon gar nicht in der Sicherheitspolitik, an der sich all diese Debatten immer wieder festbeißen. Die Franzosen, das zeigen auch die Meinungsumfragen, sind viel skeptischer gegenüber Gorbatschow; sie goutieren die „doppelte Null-Lösung“ nicht; sie sorgen sich über die Entkernisierung der westeuropäischen Verteidigung - und vorweg über die *dérive allemande*, das „Abdriften der Deutschen“.

Ein französischer Deutschlandkenner drückte das folgendermaßen aus: „Die Deutschen glauben, daß Entspannung und Abrüstung das Allheilmittel sind; die Franzosen aber wollen das bestehende Sicherheitssystem erhalten.“ Zwar habe er großes Verständnis für die deutsche Suche nach einer „Mitteleuropa-Identität“, doch gelte es dabei, nicht die „Wertunterschiede“ und die „militärischen Realitäten“ zu vergessen. Was wunder, daß auf französischer Seite eine zentrale Frage die Diskussion beherrschte: „Was können wir den Deutschen anbieten?“ zumal angesichts der Gefahr, daß ein deutsches „Abdriften“ irgendwann auch eine französische „Abkapselung“ provozieren könnte. Auf den Punkt brachte es die drastische Formel eines Mitglieds des Planungsstabes im *Quai d'Orsay*: „Je mehr sich die Bundesrepublik nach Osten wendet, desto mehr könnte sich Frankreich auf sich selbst zurückziehen, in eine Art ‚atomare Albanisierung‘, sprich: eine Strategie, die allein auf Frankreich zugeschnitten ist.“

Daß die Franzosen ihren Nachbarn einen zutätlichen Anker anbieten wollen, steht außer Zweifel. Auch sei auf französischer Seite, wie ein prominenter gaullistischer Parlamentarier bemerkte, „ein Wandel in der Strategie im Gange,

der an einer zwanzig Jahre alten Orthodoxie nagt. Doch während die öffentliche Meinung Frankreichs die militärische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik immer mehr begrüßt, zeigen sich die Deutschen immer zögerlicher.“ Überdies fehle, so fuhr er fort, „ein Grundkonsens über ein gemeinsames strategisches Konzept“.

Wie sehr es daran hapert, wurde klar, als dieser Gaullisten-Abgeordnete in einem Dreisatz darlegte, wo Frankreich - Wandel hin, Wandel her - keinesfalls an alten Dogmen rütteln werde.

„1. Frankreich wird nie in die NATO-Integration zurückkehren.

2. Frankreich wird nie seine Atomwaffen mit einem anderen Land teilen.

3. Frankreich wird sich nie auf eine rein konventionelle Verteidigung einlassen.“

Was bleibt dann als Angebot an die „unruhigen Deutschen“? Es reiche nicht aus, warf ein französischer Politik-Professor ein, daß Frankreich sich den Westdeutschen bloß als eine Art „strategische Reserve“ andiene und ansonsten weiterhin an einer deutlichen Unterscheidung zwischen den „zwei Schlachten“ festhalte, zwischen der Vorneverteidigung an der Elbe und der „zweiten Schlacht“ weiter rückwärts, an der sich die Franzosen eventuell erst beteiligen würden, wenn die erste verlorengegangen ist. „Deshalb müssen französische Truppen eine Vorwärtsposition einnehmen.“

Die Antwort eines altgedienten Politikers: „Warum sind die Deutschen bloß so besessen von der Idee, zwei französische Brigaden an der Elbe zu installieren?“ In dem gemeinsamen Manöver „Kecker Spatz“ hätten die Franzosen ja gezeigt, wie man ohne größere Probleme „30 000 Mann in zwei Tagen 1200 Kilometer weit nach Osten geschoben hat“. Außerdem, an die deutschen Teilnehmer gewandt: „Wenn Sie unsere Truppen wirklich an der Elbe haben wollen, dann müssen Sie auch unsere taktischen Atomwaffen akzep-

tieren.“ Dies aber „wollen Sie nicht“, weil damit notgedrungenerweise deutsches Territorium verwüstet würde. Deshalb müsse man sich eben auf die neue französische S4 („eine Art Pseudo-Pershing“) und auf französische Abstandswaffen (die *ASMP*) verlassen, die über west- und ostdeutsches Gebiet hinausreichen werden.

Wären denn die Franzosen wenigstens bereit, die Deutschen an der atomaren Konsultation und Zielplanung zu beteiligen, wie es die Amerikaner und Engländer seit jeher innerhalb der NATO tun? Dies, so der Abgeordnete, sei nicht mehr als ein „Rauchvorhang“. Denn „in den entscheidenden 20 Minuten wird niemand 15 Verbündete konsultieren. Die wirkliche Entscheidung liegt bei einem Manne“ - sei es der französische oder der amerikanische Präsident. Diese Frage sei aber vorläufig ebenso zweitrangig wie die Debatte um den Standort französischer Truppen. (Ein

französischer General: „Es ist egal, ob sie am Rhein oder an der Elbe stehen.“) Vorweg, so der Gesamttenor der französischen Diskutanten, müßten die Deutschen entscheiden, ob sie überhaupt noch eine atomare Abschreckung wünschen.

„Ist denn ein rein konventioneller Krieg wirklich besser als die atomare Abschreckung, zumal da dieser rasch in einen atomaren umschlagen könnte?“, wollte ein französischer Politiker wissen. Seine knappe Antwort auf die eigene Frage: „Eine konventionelle Abschreckung ist schlichtweg unmöglich, zumal da niemand bereit ist, seine konventionellen Truppen zu verdoppeln und das Abfallen der demographischen Kurven ohnehin gegen uns ist.“ Da versuchte ein der SPD nahestehender Deutscher ihn zu beruhigen: „Die Deutschen wollen ja nicht auf alle Atomwaffen verzichten; die Frage ist bloß, wo sie hin sollen.“

Rasch wurde da deutlich, daß das Mißtrauen der Franzosen längst nicht mehr nur den Sozialdemokraten und Grünen gilt. Inzwischen beäugen sie sorgenvoll die „rechten Anti-Amerikaner“, die mit der Parole der „Singularisierung

(„Je kürzer die Reichweiten, desto bedrohter die Deutschen“) in Richtung der „dritten Null-Lösung“ bei den taktischen Atomwaffen drängen. Derlei Verschwörungsvorstellungen entbehren jeglicher Realität, notierte ein Beamter des französischen Außenministeriums. Einmal besäßen

die Sowjets auch nach dem Verzicht auf die SS 20 reichlich Atomwaffen, die ganz Europa vernichten können; zum zweiten zielen ihre Kurzstreckenwaffen nicht bloß „auf die Deutschen, sondern auf amerikanische, britische und französische Truppen in der Bundesrepublik“.

Am 22. Januar 1988, pünktlich zum 25. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, wollen Helmut Kohl und François Mitterrand „endgültig“ die Aufstellung eines gemeinsamen Verteidigungsrats beschließen. Wieviel Arbeit bis dahin noch zu leisten ist, zeigen Diskussionen wie die zwischen den beiden außenpolitischen Instituten in Paris. Daß ein jeder den „Schulterschuß“ will, steht außer Zweifel. Noch aber ist die Distanz zwischen den beiden Ländern zu groß, als daß sie allein von feierlichen Absichtserklärungen überbrückt werden könnten.